

Pressemitteilung vom 10. Februar 2025

ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V.  
Friedrich-Ebert-Straße 30  
45127 Essen

TELEFON 0201-20539  
FAX 0201-2200387  
E-MAIL [info@proasylessen.de](mailto:info@proasylessen.de)  
WEBSITE [proasylessen.de](http://proasylessen.de)

## **Gehen in den Beratungsstellen bald die Lichter aus?**

Am Dienstag, den 11. Februar 2025, schließt ProAsyl die Pforten für Ratsuchende, um in Düsseldorf vor dem zuständigen Integrationsministerium (MKJFGFI) Flagge zu zeigen. Wie zahlreiche andere unabhängige Beratungsstellen in NRW stehen auch wir mit dem Rücken zur Wand, weil zugesagte Fördergelder nicht fließen.

Seit 1996 wird der Verein vom Land NRW für seine regionale Flüchtlingsberatung gefördert. Mit zwei Stellen haben wir zuletzt jährlich durchschnittlich 900 Ratsuchende zu asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen beraten (rund 1700 Beratungsgespräche jährlich). Unsere Arbeit ist über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und geschätzt. Zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen wenden sich regelmäßig an unsere qualifizierten Berater\*innen.

Die Richtlinien der Landesförderung, über welche unsere Stellen hauptsächlich finanziert werden, sind Ende 2024 ausgelaufen. Seit Monaten gibt es Gespräche zur Neuauflage der Förderrichtlinien mit allen beteiligten Stellen und dem Ministerium. Das Ministerium teilte Ende letzten Jahres, dass man beabsichtigt, die bisherigen Stellen im Jahr 2025 weiter zu fördern, leider ohne eine Erhöhung der stark gedeckelten Personalkosten. Seither ist nichts passiert. Auf eine neue Förderrichtlinie oder Ausschreibung warten wir vergeblich. Es gibt keine Informationen zum Bewerbungsverfahren.

Defacto findet aktuell keine Förderung statt. Wir finanzieren – wie andere unabhängige Flüchtlingsorganisationen in NRW – die Personalkosten durch Rücklagen. Die finanziellen Ressourcen sind aber endlich. Insbesondere kleinere Organisationen haben in dieser Hinsicht weniger Spielraum als diejenigen, die an die Wohlfahrtsverbände angeschlossen sind. Berücksichtigt man zudem die Ausschreibungs- und Bearbeitungszeiten sowie die voraussichtliche Dauer bis zur Mittelauszahlung, vergehen sicher noch vier bis sechs Monate. Arbeitsvertragliche Verpflichtungen und Fristen führen schon jetzt dazu, dass erste Kündigungen ausgesprochen werden müssen. Langfristig hält man so kein hochqualifiziertes Personal.

Geschäftsführerin Inka Jatta richtet einen deutlichen Appell an die Landesregierung:

„Die unabhängigen Beratungsstellen fühlen sich vom Ministerium im Stich gelassen. Wir brauchen jetzt Klarheit darüber, wie wir unser Personal finanzieren sollen. Die Stellen müssen umgehend ausgeschrieben und die Förderanträge schnell bearbeitet werden, sonst müssen wir unsere Beratungsstelle schließen und unser gut qualifiziertes Personal entlassen. Das wäre der traurige Tiefpunkt der Integrationspolitik in NRW.“